

# LANDTAGSPOST MITTELFRANKEN



Ihre Landtagsabgeordneten für Mittelfranken



(v.l.n.r.) Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Angelika Weikert, Stefan Schuster

## Unsere Themen

- 2 Frankenrechen für Günter Stössel
- 3 Flächenfraß: Dürftige Inhalte von Seiten der Grünen
- 4 Der Pflegenotstand muss endlich ein Ende haben
- 5 Umwelt- und Klimaschutz im Freistaat gemeinsam voranbringen
- 6 Die TUN wird großartig – aber der Weg ist noch weit
- 7 SPD startet Petition für ein neues Personalvertretungsgesetz
- 8 Durchbindung der Gräfenbergbahn zur Rangaubahn
- 9 Schutz des Reichswaldes ist Klimapolitik!
- 10 Praktische Tipps – so funktioniert die Landtagswahl

## Liebe Leserinnen und Leser,

als mittelfränkische Landtagsabgeordnete der SPD möchten wir Ihnen aktuell von unserer Arbeit im Bayerischen Landtag berichten. Es ist das letzte Mal, dass wir in dieser Konstellation berichten:

Helga Schmitt-Bussinger und Angelika Weikert treten zur **Landtagswahl am 14. Oktober** nicht mehr an und scheiden aus dem Landtag aus. Wir sind optimistisch, dass unsere Reihen nach der Wahl mit neuen SPD-Abgeordneten aus Mittelfranken aufgefüllt werden.

Dafür braucht es natürlich ausreichend Stimmen für die SPD, um wieder viele Abgeordnete in den Bayerischen Landtag zu entsenden. Beide Stimmen für die SPD – dann können Ihnen auch in Zukunft Ihre Abgeordneten vor Ort über eine große Vielfalt an Themen aus dem Maximilianeum berichten!

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen der Landtagspost!

Herzlichst Ihr  
Stefan Schuster, MdL

Sprecher der mittelfränkischen SPD-Abgeordneten

# FRANKENRECHEN FÜR GÜNTER STÖSSEL

BAYERN  
LANDTAGS  
FRAKTION

SPD

## Verleihung in Fürth

Herzlichen Glück-  
wunsch an Preisträger  
Günter Stössel



v.l.n.r.: Harry Scheuenstuhl, MdL; Stefan Schuster, MdL; Günter Stössel; Horst Arnold, MdL



Der „Frankenrechen“ der SPD-Landtagsfraktion wurde dieses Jahr an Günter Stössel verliehen. Als Mundartdichter, Liedermacher und Schriftsteller hält er die

fränkische Sprache seit vielen Jahren publikumswirksam lebendig.

Die fränkischen SPD-Abgeordneten luden zum Empfang in die Comödie Fürth, wo bei bester Stimmung auch Hausherr Volker Heißmann einige Schmankerl zum Wesen der Franken zum Besten gab (*Bild oben*). Ein musikalischer Rahmen rundete die Preisverleihung ab!





**Horst Arnold, MdB**

**Stimmkreis:** Fürth (509)

**Betreuer Stimmkreis:** Ansbach-Süd (506)

**Abgeordnetenbüro Horst Arnold, MdB**

Hirschenstr. 24, 90762 Fürth

Tel: 0911 / 766 0083-6 . Fax: 0911 / 766 0083-7

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Instagram](#)

## **Flächenfraß: Dürftige Inhalte von Seiten der Grünen**

*Angesicht der Umfragen machen sich die Grünen offenbar bereit mit der CSU ins Regierungsbett zu steigen. Forsch kommen ihre Themen rüber. Schlagzeilen und Schlagworte werden besetzt, Inhalte aber nur dürftig bis mangelhaft ausgestaltet.*

Der Flächenverbrauch in Bayern wurde durch ein Volksbegehren von den Grünen thematisiert. Die Bayerische Verfassung als hervorragendes (sozialdemokratisches) Gesetzeswerk ermöglicht derartige Volksgesetzgebungen. Mit ihrem Volksbegehren forderten die Bündnisgrünen „lediglich“ den Freistaat Bayern auf, auf fünf Hektar pro Tag zu sparen. Jedes Gesetz legt Tatbestand und Rechtsfolgen fest. Nahezu skandalös wurde in diesem Gesetzentwurf formuliert, dass die Umsetzung der Maßnahmen durch die Staatsregierung erfolgen solle. Die sog. „Basisdemokraten“ wollten es also der Staatsregierung im Weiteren überlassen, wie man dem Problem Herr wird. Ursprünglich bestand eine weitere Zusatzregelung, die vorsah, dass ein sog. „Flächenzertifikathandel“ ermöglicht werden sollte: Reiche Gemeinden können Flächen einkaufen um sich dann zu entwickeln, ärmere und benachteiligte Regionen stehen allenfalls als Flächenlieferanten zur Verfügung. Dies haben wir als Flächenkapitalismus gegeißelt. Um das wahre Gesicht nicht zu zeigen, zogen die Bündnisgrünen diesen bereits ausformulierten Artikel wieder zurück. Zurecht entschied der Bayerische Verfassungsgerichtshof deutlich: „Angesichts der komplexen Materie und der Regelungsdefizite des Gesetzesvorschlags [der Bündnisgrünen] ist es zudem zweifelhaft, ob die Stimmberechtigten bei einem Volksentscheid über den Gesetzentwurf überhaupt dessen Auswirkungen überblicken.“ Wenn die Stimmberechtigten den Gesetzentwurf schon nicht überblicken, dann ist doch mit der Substanz derjenigen, die ihn für das Volk einbringen, tatsächlich nicht weit her.

Die SPD-Landtagsfraktion hat ein umfangreiches Positionspapier bereits 2017 erarbeitet, das sich konkret mit dem Anliegen auseinandersetzt. Unter anderem setzen wir uns für ein verpflichtendes, professionelles regionales Flächenmanagement ein (angesichts von 40% Gewerbeflächenleerstand in Bayern). Zukünftig sollen die Bedarfe für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur gemeinsam erhoben werden. In die Flächennutzungspläne müssen die Grundsätze „innen vor außen“, „interkommunale Zusammenarbeit bei Gewerbeflächen“ und „Infrastrukturnutzung“ verankert werden. Eine proaktive Ausweisung von Flächen ohne nachgewiesenen Bedarf ist nicht zulässig. Die Regionen sollen einen maximalen Flächenverbrauch festlegen. Eine weitere Lockerung des Anbindegebotes (gewerbliche Flächen in die Orte) ist zu unterbinden.

Diese wichtige Thematik bedarf weiterer intensiver Diskussion mit Kommunen, Landkreisen und den Regionen. Die SPD ist dort gut vernetzt und wird verantwortlich Lösungen vorantreiben. Wenn die neue Staatsregierung nicht endlich handelt, ist es an uns ein hieb- und stichfestes Volksbegehren zu initiieren.



**Alexandra Hiersemann, MdL**

**Stimmkreis:** Erlangen-Höchstadt (507)

**Betreuer Stimmkreis:** Erlangen-Stadt (508)

**Abgeordnetenbüro Alexandra Hiersemann, MdL**

Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen

Tel: 09131 / 81265-44 . Fax: 09131 / 81265-34

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

## **Der Pflegenotstand muss endlich ein Ende haben**

Überarbeitung und schlechte Bezahlung der Pflegerinnen und Pfleger, wenig Zeit und Zuwendung für Patientinnen und Patienten, Überlastung der Angehörigen bestimmen die Bayerische Pflegesituation! 12.000 Pflegekräfte fehlen in bayerischen Krankenhäusern, viele weitere Tausende fehlen in den Pflegeeinrichtungen. Das ist harte Realität in Bayern. Doch die Pflege betrifft uns alle – früher oder später – sie betrifft unser menschliches Miteinander.

### Wir brauchen hier dringend Verbesserungen und fordern konkret:

- **13.000 neue Fachkräfte** – ohne Mehrkosten für pflegebedürftige Menschen – für mehr Zeit und mehr Zuwendung
- **Höhere Löhne**, die sich an Tarifverträgen orientieren, um neue Fachkräfte zu gewinnen und die harte Arbeit auch gerecht zu entlohnen, das muss es uns wert sein
- **Eine moderne Ausbildung** mit Ausbildungsvergütung statt Schulgeld, die sowohl Wege in die Krankenpflege als auch in die Altenpflege möglich macht
- **Flexible und unbürokratische Hilfe** für pflegende Angehörige bei Krankheit, Urlaub oder wichtigen Terminen

Unsere Gesellschaft muss bereit sein, den Pflegeberufen die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdienen. Wir können die betroffenen Menschen nicht allein lassen. Das gehört zu unserem Verständnis einer solidarischen Gesellschaft.

### **Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“**

Wir unterstützen das Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“. Zusammen mit den Partnern der Volksbegehrensinitiative fordern wir:

*Mehr Pflegepersonal durch eine gesetzliche Personalbemessung und bessere Arbeitsbedingungen!*

Die Unterschriftenlisten liegen aus - z.B. bei unseren Infoständen – und können noch bis Anfang Oktober unterschrieben werden. Weitere Informationen gibt es hier: <https://stoppt-pflegenotstand.de/>.

### **Pflegekräfte ausbilden und nicht abschieben**

Wir suchen händeringend nach Pflegekräften und nach denen, die es werden wollen. Umso unsinniger ist es, dass die CSU-Staatsregierung geflüchtete Menschen abschiebt, die bereits in Pflegeeinrichtungen arbeiten oder sich dazu ausbilden lassen. Es zeigt sich immer deutlicher: Wir können den Pflegenotstand nicht nur durch einheimische Fachkräfte bewältigen. Und ganz sicher ist es keine Lösung unserer eigenen Probleme, wenn Pflegekräfte aus anderen Ländern abgeworben werden, denn dann fehlen sie dort. Deshalb müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ausländische Menschen eine Ausbildung in Pflegeberufen absolvieren können, ohne Gefahr zu laufen, wegen Nichtigkeiten abgeschoben zu werden. Damit schaffen wir mehr Planungssicherheit - sowohl für die neuen Fachkräfte als auch für die einstellenden Pflegeeinrichtungen. Die engen Grenzen bei der Erteilung von Ausbildungsgenehmigungen müssen gelockert und die restriktive Haltung überdacht werden. Das hilft uns Allen, gleichgültig, in welchem Land wir geboren wurden!



**Harry Scheuenstuhl, MdL**

**Stimmkreis:** Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim,  
Fürth-Land (510)

**Betreuer Stimmkreis:** Ansbach-Nord (505)

**Abgeordnetenbüro Harry Scheuenstuhl, MdL**

Hohenlohestr. 7, 91452 Wilhermsdorf

Tel.: 09102 / 9936-22 . Fax: 09102 / 9936-21

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

## **Umwelt- und Klimaschutz im Freistaat gemeinsam voranbringen**

*Intensive Landnutzung, hohe Nährstoffeinträge, der Einsatz von neonicotinoidhaltigen Insektiziden und Glyphosat, Landschaftsverbrauch durch Überbauung, die zunehmende Fragmentierung der Landschaft und die damit verbundene Isolation hochwertiger Lebensräume, sowie Gewässerbelastungen gefährden unsere mittelfränkische Heimat. Es gilt die Anstrengungen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zum Erhalt unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten zu intensivieren.*

### Lebensgrundlage Wasser schützen.

Die mittelfränkischen Kommunen und Wasserversorger leisten viel, um eine gute Trinkwasserqualität zu ermöglichen. Allerdings sind die Anstrengungen der Staatsregierung für einen guten Trinkwasserschutz nicht ausreichend. So bleibt die Belastung des Grundwassers mit Nitrat in Mittelfranken gleichbleibend auf hohem Niveau. Grundwasserschutz ist eine Pflicht und keine Freiwilligkeit! Es muss sichergestellt werden, dass die Kosten wachsender Nitratbelastungen nicht von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden müssen.

### Glyphosat – Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen

700.000 Tonnen des Wirkstoffs Glyphosat werden weltweit pro Jahr eingesetzt. Rund 6.000 Tonnen davon in Deutschland. Glyphosat ist rund um den Globus, das am meisten eingesetzte nichtselektive, systemische Breitbandherbizid. Das Problem: Es steht seit geraumer Zeit im Verdacht, krebserregend zu sein. Bis nicht eindeutig geklärt ist, ob das Pflanzenschutzmittel Glyphosat tatsächlich kanzerogen ist, fordern wir ein Verbot der Abgabe an Privatpersonen und der Anwendung im Haus- und Kleingartenbereich. Außerdem sprechen wir uns klar gegen die in der konventionellen Landwirtschaft gängige Praxis der Sikkation, also der Austrocknung und somit beschleunigten Reifung von Kulturpflanzen mit Hilfe glyphosathaltiger Produkte aus. Flächen, die von Kindern genutzt werden, dürfen nicht mehr mit glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln behandelt werden dürfen. Denn im Pausenhof, der Liegewiese im Freibad und erst recht auf dem Kinderspielplatz gehört überhaupt kein Gift verspritzt!

### Klimaschutz

Gerade beim Klimawandel kommt lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen eine zentrale Rolle zu. Neben den national festgelegten Beiträgen sollten deshalb auch Mittelfranken als wichtiger Akteur bei der Erfüllung der auf der Pariser UN-Klimakonferenz eingegangenen Verpflichtungen regionale und lokale Klimaschutzziele festlegen und umsetzen. Energiewende und Klimaschutz sind dabei nicht zu trennen, sondern müssen Hand in Hand angegangen werden. In den mittelfränkischen Landkreisen und kreisfreien Städten wollen wir gemeinsam mit Partnern vor Ort bis 2020 eine 40-prozentige Reduktion und bis 2050 eine 80 bis 95-prozentige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen bezogen auf das Jahr 1990 erreichen. Hierfür sind den Gebietskörperschaften ausreichend finanzielle und technische Hilfestellungen anzubieten. Die mittelfränkische Wirtschaft braucht die notwendige Planungssicherheit in Form eines konkreten Klimaschutzfahrplans, um mit ihren Produkten auch in den kommenden Dekaden weiterhin mit an der Weltspitze zu bleiben. Ein weiterer Baustein zur Schaffung und dem Erhalt gutbezahlter Arbeitsplätze.



**Helga Schmitt-Bussinger, MdB**

**Stimmkreis:** Nürnberg-Süd (503)

**Betreuer Stimmkreis:** Roth (512)

**Abgeordnetenbüro Helga Schmitt-Bussinger, MdB**

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-50 . Fax: 0911 / 43896-59

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

## **Die TUN wird großartig – aber der Weg ist noch weit**

**Vernetzung in die Region und Zweigstellen sind richtige Schritte**

*Helga Schmitt-Bussinger, Landtagsabgeordnete für Nürnberg Süd und Mitglied im Wissenschaftsausschuss des Bayerischen Landtags, begrüßt die dort vorgestellten Pläne für die Technische Universität Nürnberg (TUN) mahnt aber, dass der Weg bis zur Fertigstellung weit ist und es daher den langfristigen Finanzierungswillen bei der Staatsregierung und die ständige Begleitung durch den Landtag bedarf:*

Die vorgestellten Planungen für die TUN werten die Hochschullandschaft des Städtevierecks maßgeblich auf und sind eine Riesenchance für Nürnberg und die Region. Aber bis zur Eröffnung – geplant ist 2025 – ist es noch ein weiter Weg. Und es bedarf eines langen Finanzierungs-Atems bei der Staatsregierung in den kommenden Haushaltsplänen“, fordert Helga Schmitt-Bussinger. „Zugleich und deshalb darf der Bayerische Landtag den Aufbau der TUN nicht aus der Hand geben, sondern muss sich auch weiterhin im zuständigen Ausschuss regelmäßig über den Fortgang der Errichtung berichten lassen.“

Bei der Umsetzung der neuen Uni dürfe aber die Technische Hochschule Nürnberg und die Friedrich-Alexander-Universität (FAU) nicht vergessen werden. Schmitt-Bussinger: „Natürlich sonnt sich der Ministerpräsident gerne im Licht der neuen TUN, hinter ihm gärt aber noch ein Investitionsstau der FAU von einer Milliarde Euro. Das taugt nicht für Wahlkampffotos, aber die Sanierung ist dringend notwendig, da für Beschäftigte und Studenten Gefahren für ihre Gesundheit ausgehen. Auch die Technische Hochschule braucht neue Gebäude. Das darf auf keinen Fall ‚hinten runterfallen.‘“

Ebenso wenig die Hochschule Ansbach mit ihren aktuellen Planungen. Sie fördere mit ihren Dependancen beispielhaft den strukturschwachen Raum in Mittelfranken. Das könnte auch Vorbild für die TUN sein: „Die Vernetzung in die Region wäre ein wichtiger Schritt. Bspw. eine Zweigstelle der neuen Uni in Schwabach. Das wäre für die Stadt ein enormer Gewinn, da sie eine der letzten kreisfreien Städte Bayerns ohne größere Hochschuleinrichtung ist.“

Eine neue Ankündigung freut die Abgeordnete zudem sehr: Sie lobt im Ausschuss auch Prof. Herrmanns Absicht, in der Region weitere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen anzusiedeln, die eng mit der neuen Hochschule zusammenarbeiten sollen. Dies sei sehr zu begrüßen, denn es bringe die Region voran.

Schmitt-Bussinger: „Nach wie vor halte ich die Gründung einer Universität Nürnberg für eine richtige Entscheidung. Die SPD-Nürnberg hat das jahrzehntelang gefordert. Die Forderungen der Stadt Nürnberg gehen bis in das Jahr 1902 zurück. Auch der Ort ist gut gewählt. Dass sich aber die Staatsregierung der Umladehallen am Südbahnhof mit vorschneller Brutalität entledigt hat, das war ein großer Fehler. Diese Hallen in die Architektur der neuen Uni mit einzubeziehen, wäre wegweisend gewesen. Zumindest die Behandlung der Petitionen im Landtag hätte die Staatsregierung abwarten müssen.“

**Stefan Schuster, MdL****Stimmkreis:** Nürnberg-West (504)**Betreuer Stimmkreis:**

Weißenburg-Gunzenhausen (506)

**Abgeordnetenbüro Stefan Schuster, MdL**

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-60 . Fax: 0911 / 43896-69

[E-Mail](#)[Homepage](#)[Facebook](#)

## **SPD startet Online-Petition für ein neues Personalvertretungsgesetz**

Mehr Mitbestimmung und mehr freigestellte Personalräte für den Öffentlichen Dienst



Personalräte haben viel Arbeit, ein Job der sich nicht eben so neben der Arbeit erledigen lässt. Das weiß ich aus eigener Erfahrung: in meiner Zeit bei der Berufsfeuerwehr Nürnberg war ich selbst Personalratsvorsitzender. Ich war für meine Tätigkeit freigestellt – bei weitem keine Selbstverständlichkeit! In Bayern gibt es erst ab 400 Mitarbeitern in der Dienststelle einen freigestellten Personalrat, die Feuerwehr lag nur knapp darüber. Generell haben es Personalräte in Bayern nicht leicht.

### Allzuständigkeit für den Personalrat

Als Sprecher für Fragen des Öffentlichen Dienstes der SPD habe ich einen Gesetzentwurf für ein neues Personalvertretungsgesetz eingebracht, um die Mitbestimmung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu stärken. Der Personalrat braucht die „Allzuständigkeit“ – er soll in allen personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten auf Augenhöhe mit der jeweiligen Dienststellenleitung zusammenarbeiten können.

### Mehr Freistellungen und personelle Unterstützung

Zudem müssen die Personalräte durch bessere Freistellungsregelungen mehr Zeit für die Erledigung ihrer Arbeit bekommen. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass ab 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Personalratsmitglied freigestellt wird, ein zweites ab 500. In anderen Bundesländern sind die Freistellungsregelungen schon lange auf diesem Niveau. Zur Unterstützung braucht der Personalrat auch mehr Verwaltungskräfte - so könnten sich die Personalratsmitglieder voll auf ihre Aufgaben konzentrieren.

### Online-Petition gestartet

Ein entsprechender Gesetzentwurf der BayernSPD-Landtagsfraktion ist von der CSU-Mehrheitsregierung im Juli abgelehnt worden. Aber wir bleiben am Thema dran und geben nicht auf. Die SPD-Fraktion hat eine entsprechende Online-Petition ins Leben gerufen, bei der wir um rege Beteiligung bitten.

[Hier geht's zur Online-Petition für eine Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes](#)



**Arif Taşdelen, MdL**

**Stimmkreis:** Nürnberg-Nord (501)

**Abgeordnetenbüro Arif Taşdelen, MdL**

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-72 . Fax: 0911 / 43896-79

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

## **Staatsregierung soll Durchbindung der Gräfenbergbahn zur Rangaubahn erneut prüfen**

Angesichts des Beschlusses der Bayerischen Staatsregierung, die Erziehungswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität in einem neuen Gebäude im Nürnberger Norden anzusiedeln, fordert der SPD-Landtagsabgeordnete Arif Taşdelen die bayerische Verkehrsministerin Ilse Aigner in einem Brief dazu auf, die bereits vor einigen Jahren angedachte Verbindung der Gräfenbergbahn zur Rangaubahn erneut zu prüfen. Die vom Freistaat betriebene Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) hatte der Verbindung 2014 noch eine Absage erteilt.

„Im Nürnberger Norden ist einiges in Bewegung, weshalb die Entscheidung von 2014 zu überprüfen ist“, begründet Taşdelen seinen Vorstoß. So verweist er neben dem angekündigten Umzug der Erziehungswissenschaften in den Norden auch auf den wachsenden Hochschul- und Forschungsstandort auf AEG und das Neubaugebiet im Stadtteil Wetzendorf. „Diese Entwicklungen versprechen erhebliches Fahrgastpotenzial entlang der Trasse und müssen Grundlage für eine Neubewertung der Durchbindung sein“, so der SPD-Politiker.

Taşdelen hat mit seiner Forderung vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger im Blick: „Die Absage an das Verkehrsprojekt war damals eine große Enttäuschung für viele Nürnbergerinnen und Nürnberger. Ihr Unmut ist in meinen Augen nachvollziehbar. Mobilität und eine intelligente Verkehrsinfrastruktur der kurzen Wege sind Grundbedürfnisse einer jeden modernen Gesellschaft“, so der Abgeordnete. Dem müsse die Staatsregierung Rechnung tragen.



„Die Staatsregierung redet gerne davon, dass sie den Menschen in Bayern einen attraktiven öffentlichen Verkehr bieten will. Wenn sie das ernst meint, wäre es jetzt eine gute Gelegenheit, das zu beweisen“, so Taşdelen.





**Angelika Weikert, MdB**

**Stimmkreis:** Nürnberg-Ost (502)

**Betreuer Stimmkreis:** Nürnberger Land (511)

**Abgeordnetenbüro Angelika Weikert, MdB**

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-40 . Fax: 0911 / 43896-49

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

## **Schutz des Reichswaldes ist Klimapolitik!**

*Um das Bewusstsein der Bevölkerung für den Klimaschutz zu steigern hat Umweltminister Dr. Marcel Huber zum zehnten Mal zu Aktionen im Rahmen der „Bayerischen Klimawoche“ aufgerufen. Möglichst viele Menschen sollen dafür gewonnen werden, sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen.*

Für mich war klar, dass es keinen geeigneteren Ort dafür gibt als den Nürnberger Reichswald. Bei einer über zweistündigen Führung habe ich mir, in Begleitung unserer Kandidatin für den Stimmkreis Nürnberg-Ost Kerstin Gardill und interessierter Bürgerinnen und Bürger, von Heiko Stölzner, dem stellvertretenden Forstbetriebsleiter der Bayerischen Staatsforsten in Nürnberg die immense Bedeutung des Reichswaldes für das Klima in der Stadt erläutern lassen.

Als größter unmittelbar an eine Großstadt angrenzender Wald Deutschlands liefert der Nürnberger Reichswald Sauerstoff, kühlt die Luft ab, ist ein wichtiger Wasserspeicher und filtert Ruß und Staub aus der Atmosphäre. Und natürlich ist der Reichswald ein beliebtes Naherholungsgebiet „vor der Haustür“ für die Nürnbergerinnen und Nürnberger.

Die große Waldfläche weckt natürlich im Hinblick auf das begrenzte Flächenangebot in den umliegenden Gemeinden Begehrlichkeiten, sei es für den Wohnungsbau, die Ausweisung von Gewerbegebieten oder den Ausbau von Verkehrswegen. Aufgabe der Politik ist es, mit diesen Begehrlichkeiten verantwortungsvoll umzugehen.

Der Klimawandel macht sich auch im Reichswald bemerkbar. Einerseits treten neue Schädlinge auf, andererseits steigt der Arbeitsaufwand und auch der Rhythmus bei der Bewirtschaftung des Waldes muss entsprechend angepasst werden.



Diese Bewirtschaftung ist dringend notwendig, um den Reichswald zu erhalten und in Zeiten des Klimawandels „fit“ für die Zukunft zu machen. Herr Stölzner als Förster mit Leib und Seele nimmt diesen Aspekt seiner Arbeit sehr ernst. Der Begriff Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und wird in Bezug auf den Nürnberger Reichswald traditionell sehr ernst genommen, nicht zuletzt weil es sich um den ältesten von Menschen künstlich angelegten Wald der Welt handelt.

Durch die wirtschaftliche Nutzung des Reichswaldes werden Maßnahmen für die anderen Funktionen des Waldes refinanziert (z. B. Naturschutzmaßnahmen).

Wir müssen den Schutz des Nürnberger Reichswaldes über alle politischen Ebenen hinweg als verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen. Denn viele umweltpolitische Forderungen der SPD können hier konkret angegangen werden. Sei es die Einschränkung des Flächenverbrauchs, das Stoppen und Umkehren des Insektensterbens oder die Reinhaltung von Luft und Gewässern.

## Praktische Tipps und Informationen

### Sie haben zwei Stimmen – *Beide Stimmen für die SPD!*

Erststimme und Zweitstimme – wie funktioniert die Landtagswahl?

Mit der **Erststimme** wählen Sie die Kandidaten vor Ort. Die Erststimme vergeben Sie mit dem kleineren der beiden Wahlzettel, Liste zwei ist die Liste der SPD – hier wählen Sie Ihren Kandidaten. In vielen Stimmkreisen sind das Ihre derzeitigen Abgeordneten, die Ihnen hier berichten. Mancherorts kommen dieses Jahr auch neue Gesichter zum Zug – geben Sie auch ihnen Ihre Stimme!

Auch mit der **Zweitstimme** wählen Sie - anders als bei der Bundestagswahl – eine Person und keine Partei. Mit dem großen Stimmzettel vergeben Sie Ihre Zweitstimme. Zur Wahl stehen alle Kandidaten aus ganz Mittelfranken – machen Sie Ihr Kreuz beim SPD-Kandidaten Ihrer Wahl!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD freuen sich über jede Stimme. Ob Erst- oder Zweitstimme – beide sind gleich viel wert für uns. **Am Ende werden beide Stimmen addiert.**

Übrigens: Das Wahlprinzip ist für den Bezirkstag identisch.

#### Unsere Direktkandidatinnen und -kandidaten

Landtag		Bezirkstag	
1.	Horst Arnold	1.	Christa Naaß
2.	Alexandra Hiersemann	2.	Sven Ehrhardt
3.	Arif Tasdelen	3.	Gisela Niclas
4.	Andrea Lipka	4.	Dr. Horst Krömker
5.	Stefan Schuster	5.	Elke Zahl
6.	Kerstin Gardill	6.	Ronald Reichenberg
7.	Harry Scheuenstuhl	7.	Magdalena Reiß
8.	Claudia Arabackyj	8.	Victor Strogies
9.	Harald Dösel	9.	Petra Hinkl
10.	Dr. Philipp Dees	10.	Christian Stöcker
11.	Marcel Schneider	11.	Jens Bürkle
12.	Norbert Ringler	12.	Hans-Dieter Brückner

- [Weitere Informationen: alle SPD-Kandidatinnen und Kandidaten für den Bezirkstag](#)

- [Weitere Informationen: alle SPD-Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag](#)

**Unser  
Mittelfranken.**

**Selbstbewusst.  
Erfolgreich.  
Heimatverbunden.**



BayernSPD Landtagsfraktion

**Impressum:**  
 Verantwortlich: Stefan Schuster  
 Mitglied des Bayerischen Landtags  
 Abgeordnetenbüro Nürnberg  
 Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg  
 Telefon: 0911 / 438 96 60  
 buero@stefan-schuster-mdl.de